

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 290.

Nr. 178

Montag, den 2. August 1920

11. Jahrgang

## Beginn des Genfer Kongresses.

### Der Sozialistenkongress in Genf.

Am Sonnabend begann in Genf der Internationale Sozialistenkongress. Es sind nicht die Vertreter aller sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder, die diesmal dem Ruf des Internationalen Sekretariats in Brüssel, des ständigen Organs der zweiten Internationale, gefolgt sind. Trotzdem bildet ein großer Teil des Weltproletariats — auch jener Länder, die diesmal offiziell nicht vertreten sind — hoffnungsvoll auf Genf, das in der allgemeinen Auflösung und Vermirung trotz alledem einen Kristallisationspunkt für die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen der ganzen Welt darstellt. Man darf aber die Hoffnungen auf Genf nicht zu hoch schrauben, nicht gleich fertige Lösungen erwarten.

Die Wehrlosigkeit der Verhältnisse jetzt und nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 liegt auf der Hand. Damals verfiel jedoch die Internationale hauptsächlich deshalb, weil ihre beiden Träger, die deutsche und die französische Arbeiterbewegung, so sehr geschwächt aus dem Kriege hervorgingen, vornehmlich die französischen Organisationen infolge der Niederlage der Kommune und der unerbilligten Repression, die ihr folgte, daß sie alle vorhandenen Kräfte brauchten, um sich im eigenen Lande auch nur notdürftig über Wasser zu halten. In Frankreich schied der Sozialismus bis gegen 1877 überhaupt ausgetrieben zu sein.

Ein anderes Bild bietet sich uns heute. Wenn wir von Nordamerika absehen, das ja bislang für die internationale Bewegung nicht ins Gewicht fiel, obwohl der nordamerikanische Kapitalismus einen außerordentlichen Einfluß auf dem Weltmarkt besaß und diesen Einfluß infolge des Krieges noch vervielfacht hat, dann finden wir, besonders in den europäischen Ländern, als Folge des Krieges zunächst ein Erstarken der Arbeiterbewegung, deren Macht dann freilich wieder durch die vorhandenen Zersplitterungstendenzen aufs äußerste gefährdet wird.

Mag auch der politische Einfluß der sozialistischen Partei Frankreichs heute ein offensichtlich geringerer sein als vor dem Kriege, so ist das nur eine Folge der Zuspitzung der Gegensätze, des Sieges der bürgerlichen Reaktion über den bürgerlichen Radikalismus, des verfälschten Wahlsystems, das die Partei um mehr als die Hälfte der ihr zustehenden Sitze beraubt und — last but not least — der Draufgänger-taktik der neuen Mehrheit. Nichtsdestoweniger zählt die sozialistische Partei Frankreichs heute mehr als doppelt so viel Mitglieder als vor dem Kriege und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat sich sogar vervielfacht.

In den anderen Ländern ist der Fortschritt der Arbeiterbewegung offensichtlich.

Trotz diesem Erstarken des Sozialismus, der heute zur politischen Tagesfrage geworden ist, müssen wir die Feststellung machen, daß der Krieg in allen Ländern die sozialistischen Parteien innerlich zerrissen hat. Denn selbst in Ländern, wo die organisatorische Einheit der sozialistischen Partei nicht in die Brüche gegangen ist, haben sich die inneren taktischen und prinzipiellen Gegensätze erheblich verschärft. Vielfach ist aber nicht nur die Verschärfung der inneren Gegensätze zu verzeichnen, wofür die organisatorischen Spaltungen der äußere Ausdruck sind. Es ist vor allem eine große Unklarheit und eine taktische und prinzipielle Unsicherheit eingetreten, die man vergebens durch eine unveröhnliche Haltung gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft zu maskieren sucht.

Die Ursachen dieser inneren Spaltungen und Unklarheiten sind mehrfacher Art. Zunächst führte der innere Widerspruch der Internationale gegenüber dem Kriege zu den kriegerischen oder organisatorischen Spaltungen innerhalb der kriegerischen Länder. Die Internationale hatte uns einerseits die Landesverteidigung zur Pflicht gemacht, andererseits aber auch die Herbeiführung des Friedens mit allen Mitteln, und schließlich die Bekämpfung des angreifenden Teiles. Es fand sich aber, daß im August 1914 die sozialistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Englands und Belgiens in ihrer großen Mehrheit alle überzeugt waren, daß ihre Länder sich in der Verteidigung befinden. Auch eine Aktion zur Wiederherstellung des Friedens scheiterte daran, daß vornehmlich die Franzosen und die Belgier sich weigerten, vor der Niederrückung der Zentralmächte an einer internationalen Friedensaktion teilzunehmen.

Dieser ersten Ursache zur Spaltung und Unklarheit reihte sich als zweite die russische Revolution an, die, mit dem Sieg der Bolschewisten, an Stelle der Demokratie die Diktatur, an Stelle des Sozialismus das sogenannte Räteystem setzte. Der Sieg der Revolution in Deutschland und in den hauptsächlichlichen Ländern der ehemaligen österrösch-ungarischen Monarchie, der der innerlich gespaltenen Arbeiterklasse die Verantwortung, ohne ihr die Freiheit und dadurch die Macht gab, war die dritte Ursache zur Spaltung und Unklarheit. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Sieges des Ententeimperialismus und die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges waren weitere Ursachen, die zersetzend und verwirrend auf die Arbeiterklasse wirkten. Der internationale Sozialismus befindet sich heute in der wider-

spruchsvollen Situation, fast unmittelbar vor der Verwirklichung seiner Ziele zu stehen, aber diese Verwirklichung unternehmen zu müssen mit einer innerlich wie äußerlich zerrissenen Arbeiterklasse.

Bevor die Wiederaufrichtung einer umfassenden politischen Internationale möglich wird, muß also erst eine Klärung und Einigung innerhalb der sozialistischen Parteien stattgefunden haben. Die Klärung und damit die Einigung kann in Genf vorbereitet werden. Das kann aber nicht geschehen, indem man sich etwa in der Hauptfrage darauf beschränkt, zu untersuchen, wer während des Krieges am meisten geschadet hat. Die deutsche Denkschrift zur Schuldfrage, in der ohne Uebertreibung und würdeloses Neugegammel wirklich begangene Fehler freimütig zugegeben werden, wird hoffentlich dazu beitragen, die schwüle Atmosphäre des Mißtrauens zu reinigen. Das ist aber nur die Vorbedingung zur eigentlichen Aufgabe der Genfer Tagung.

Diese Aufgabe ist und kann nur sein, die Grenze des sozialistischen Kampfes aufs neue abzugrenzen und innerhalb dieser Grenzen die nötige taktische und grundsätzliche Klarheit zur Verwirklichung unseres Zieles herzustellen.

Es kann für uns kein Zweifel bestehen, daß der sozialistische Kampfes nur ein demokratischer sein kann, daß für ihn die Demokratie — bis mit dem bürgerlichen Parlamentarismus nicht zu verwechseln ist — der taktische Boden ist, den er nicht verlassen noch überschreiten darf. Was darüber liegt, ist Willkür und Gewalt — unter welchen Namen sie auch auftreten mögen —, die unvereinbar sind mit dem Sozialismus, der demokratischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Es kann für uns auch kein Zweifel bestehen, daß die Aufgabe einer jeden sozialistischen Partei sein muß und allein sein kann, die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich zu befähigen, den Sozialismus in die Tat umzusetzen. Sie hat also nicht die kapitalistische Produktion und den bürgerlichen Staat zu zerstören, sondern umzuwandeln in eine Wirtschaftsgemeinschaft und eine nationale Kulturgemeinschaft. Die Arbeiterklasse kann aber nur dann befähigt werden, den Sozialismus zu verwirklichen, wenn sie praktisch eindringt in die Organisierung und Leitung der Wirtschaftsunternehmen des bürgerlichen Staates und so selbst deren Umwandlung bestimmt, kontrolliert und zugleich durchführt.

Die Tagung von Genf wird ihre Aufgabe erfüllt haben, wenn es ihr gelingt, eine taktische und prinzipielle Klärung herbeizuführen. Gestützt auf die beiden Hellen der politischen Arbeiterbewegung, der englischen Arbeiterpartei und der deutschen Sozialdemokratie, wird sie damit die Vorbedingung geschaffen haben, um die Internationale wieder politisch aktionsfähig werden zu lassen.

Es war ein Fehler früherer internationaler Kongresse, daß man auf ihnen zu sehr in schönen Hoffnungen schwelgte und die Welt nicht sehen wollte, wie sie wirklich war. Jetzt haben sich alle zertobenen Illusionen nach Moskau gestülpt. Für Genf aber bleibt die sächliche Arbeit, die nicht allen behagen mag, die aber, das hoffen wir zusehends, für alle Früchte tragen wird.

### Die Eröffnung des Kongresses.

Der internationale Sozialistenkongress wurde Sonnabend eröffnet. Zum Präsidenten wurde der Engländer Shaw gewählt. Dieser führte in seiner Eröffnungsansprache aus: Zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele müsse er die russische Methode entschieden ablehnen. Die zweite Internationale dürfe sich aber nicht als Feind Sowjetrußlands betrachten. Die Westmächte hätten die Haltung gegenüber Sowjetrußland bereits wesentlich geändert, wobei der „Labour Party“ ein großes Verdienst zukomme. Der zu erwartende Abschluß eines Friedens mit Rußland werde auch den arbeitenden Klassen aller Länder zugute kommen. Redner kam sodann auf den russisch-polnischen Krieg zu sprechen und gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß der polnische Vorstoß eine Folge von Abmachungen zwischen Polen und dem ukrainischen Diktator Petljura sei, auf Grund deren Polen ukrainisches Gebiet in Besitz nehmen konnte. Der Präsident berührte sodann die Verantwortlichkeitsfrage und gab der europäischen Meinung Ausdruck, daß die Schuldfrage nicht mehr zum Gegenstand eines Zwistes auf einem sozialistischen Kongress gemacht werden dürfe. Er schloß deshalb dem Kongress vor, daß die Parteien, die sich für die Verantwortlichkeitsfrage interessieren, Vorschläge einbringen möchten und daß dann darüber einfach abgestimmt würde. Redner verweilte sich außerdem über die Frage Diktatur und Demokratie und sprach sich mit aller Entschiedenheit dafür aus, daß der Sozialismus auf dem Wege der Demokratie seiner Verwirklichung entgegengeführt werden müsse.

Rogier (Frankreich) erklärte, daß die französische Delegation sich vorbehalten müsse, die Frage der Verantwortlichkeit mit aller Freiheit zu diskutieren, da gerade diese Frage im Interesse der Parteieinheit klar entschieden werden müsse. Der Präsident empfahl, die Frage der Verantwortlichkeit allein zu verhandeln, wenn der Bericht der dafür eingesetzten Kommission vorliegt. Abgeordneter Dr. Braun (Deutschland)

erklärte, daß die Deutschen sehr wohl begriffen, daß die französischen und belgischen Delegierten die Frage der Verantwortlichkeit nicht beiseite lassen wollten; aber die Deutschen seien der Meinung, daß es sehr schwierig sei, die Verantwortlichkeit am Weltkriege festzustellen, da die Deutschen die einzigen seien, die die Akten bisher vollständig veröffentlicht hätten. Notwendig sei die Diskussion der Schuldfrage, und eine Debatte über die Angelegenheit erscheine dem deutschen Volke für die Gestaltung der Zukunft des Proletariats erforderlich.

In der darauf vom Kongress eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeitsfrage wurde unter Vorbehalt der Zustimmung der deutschen Delegation, die noch nicht vollständig in Genf erschienen ist, einstimmig eine Resolution zur Kriegsschuldfrage angenommen, in der es heißt:

Der Kongress erneuert die Erklärung der allerersten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Uebertreibung seiner Interessenspolitik und seiner Rachsucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig mit denselben Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift, daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich an der mit Kofflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber lag. Der Kongress bekräftigt seinen festen Willen, alle seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Werte zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Den Verhandlungen der Kommission wohnte deutscherseits der Reichstagsabgeordnete Braun bei. Weiter gehören der Kommission an: van Col-Holland als Präsident, Rogier, Frankreich, Lafontaine, Belgien, Hill, England und Engberg, Schweden.

Die Resolution soll am Montag in einer Volltagung des Kongresses zur Verhandlung kommen. Für die Frage der Abrüstung hat die Kommission eine Unterkommission gebildet.

Zur Teilnahme am internationalen Sozialistenkongress sind nachträglich noch zwei ungarische Delegierte eingetroffen. Die vom Kongress eingesetzten Kommissionen begannen Sonnabend nachmittags ihre Arbeiten. Die erste Kommission schlug dem Kongress vor, eine Kommission zu bestellen mit dem Auftrage, Verhandlungen mit den Gruppen, die der zweiten Internationale nicht angehören, anzustellen, um mit diesen zusammen eine einheitliche Partei Internationale zu errichten auf der Grundlage der traditionellen und demokratischen Grundzüge des Sozialismus.

Am Kongress werden 150 Delegierte der verschiedenen Länder teilnehmen, und zwar treffen u. a. ein: aus England 28 Vertreter, aus Frankreich 11, aus den Niederlanden 5 aus Polen 7, aus Belgien 2, aus Schweden 14, aus Deutschland 12, aus Belgien 2, aus Italien 4, aus der Schweiz 8, außerdem Delegierte des Räte-Bundes.

### Demonstrationen für den Frieden.

Berlin, 1. Aug. Die heutige Demonstration im Lustgarten verlief in vollkommener Ruhe. Ein Zug mit Kriegswaffen wurde vor dem Brandenburger Tor aufgestellt. Die Schilder, die die Züge mit sich führten, sprachen sich sämtlich für Abschaffung der Kriege aus. Im Lustgarten war die Versammlung so stark, daß der Verkehr behindert wurde. Verleumdungen des Panntreffes sind nicht vorgekommen. Auch sonst wurde die Ruhe nicht gestört.

Mariewerder, 1. Aug. Heute am Jahrestage des Ausbruchs des Krieges fand nachmittags vor dem Gebäude der internationalen Kommission eine Massenversammlung gegen den Krieg für den Bäderfrieden statt. Eine einstimmig angenommene Entschließung protestiert gegen die Verleumdungen des Volk aufs neue in einen sogenannten Vorgeleitungsstreik zu treiben, und verlangt von der Regierung, die Mittel der Regierung der Reichsregierung zu verwenden, um mit diesen telegraphisch übermittelt. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

### Rußland marschiert weiter vor.

Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Rußland und Polen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Pariser Morgenblätter berichten: Die Politik der Sowjetregierung gehe, wie ein ausgefallener Funken, darauf aus, die polnischen Delegierten bis zum 4. August hinzuziehen. Erst am vierten Tage wollen sie ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen.

Die russischen Truppen haben unterdessen die Karolinka durchbrochen und Brest-Litovsk erobert.

Nach der „Chicago Tribune“ wird das amerikanische Konsulat in Warschau seinen Sitz nach Polen verlegen, wenn bis zum 2. August der Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland nicht unterzeichnet ist.

# Die internationale Seemannskonferenz in Genua.

Von J. Döring.

Die von der internationalen Organisation der Arbeit (der einzigen bisher arbeitenden Einrichtung des Völkerbundes, an der auch Deutschland als vollberechtigtes Mitglied mitwirkte) nach Genua berufene Seemannskonferenz ist nach wochenlangen Beratungen dieser Tage auseinandergegangen. Der Verfasser der folgenden Zeilen, der zweite Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, hat ihr als Sachverständiger aus den Kreisen der Arbeitnehmer beigewohnt. Wie wichtig die Stimme der Arbeitnehmer in diesen Fragen ist, hat die Konferenz von Spa erst jetzt wieder bewiesen. D. Red.

Der erste Versuch des durch den Versailler Friedensvertrag geschaffenen internationalen Arbeitsamtes, die Arbeitsverhältnisse einer bestimmten Arbeitergruppe auf internationaler Grundlage zu regeln, ist, wenn auch nicht mit vollem Erfolge, doch als gelungen zu bezeichnen. Die Schwierigkeiten, die sich der Lösung des Problems entgegenstellten, waren anfänglich unüberwindlich. 27 Staaten hatten Delegierte entsandt, davon zwei als offizielle Vertreter ihrer Regierungen und daneben je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es liegt auf der Hand, daß eine derartig zusammengesetzte Körperschaft sehr schwer zu einer einheitlichen Auffassung zu bringen ist über Maßnahmen, die fast ausschließlich und in erster Linie im Interesse der Arbeitnehmer liegen.

Das zeigte sich sofort, als der Kongress in die Beratung der Tagesordnung eintrat. Nach einem auf der internationalen Arbeitskonferenz in Washington gefassten Beschluß sollte dieser Spezialkongress eine internationale Seefahrt für die Seeschiffahrt vorbereiten. Das internationale Arbeitsamt hatte nach Möglichkeit die für die Seeschiffahrt gegenwärtig geltenden Spezialgesetze — soweit solche Spezialgesetze überhaupt vorhanden waren — gesammelt und den Kongressmitgliedern zugänglich gemacht. Es zeigte sich aber sofort, daß ein derartig zusammengesetztes Parlament wie die Konferenz eine solche Frage ohne Vorbereitung gar nicht erledigen konnte; sie wurde daher an das Arbeitsamt zurückgegeben. Das mit Hilfe einer Sachverständigenkommission, bestehend aus je 5 Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die nötigen Vorarbeiten erledigen soll.

Positiv ist nur beschlossen, daß Kinder unter 14 Jahren in der Seeschiffahrt überhaupt nicht, junge Leute unter 18 Jahren nicht im Heizraum (als Trimmer oder Heizer) beschäftigt und Despersonal unter 17 Jahren des Nachts zum Wachgehen nicht herangezogen werden darf. Ferner wurde beschlossen, daß die Arbeitsvermittlung nur ausgeübt werden darf von gemeinnützigen Anstalten, von den Organisationen der Arbeitgeber- und (oder) Arbeitnehmer, daß für die Vermittlung eine Gebühr, gleichviel in welcher Form, nicht erhoben werden darf. Im Übertretungsfalle sind hohe Geldstrafen und Gefängnisstrafen vorgesehen. Dieser Beschluß, der fast einstimmig gefaßt wurde, bedeutet für die Schiffsmannschaften einen großen Erfolg. Die Arbeitsvermittlung war von jeher ein wunder Punkt im Leben des Seemanns. Er war in dieser Beziehung widerstandslos in die Hände der Heuer- und Schlafleute (Shippingmaster — in Deutschland nannte man sie Landhaie) gegeben, die den stellenlosen Seemann erst vollständig ausplünderten, bevor er eine neue Stelle erhielt. Die mit der Vermittlung im engsten Zusammenhang stehende Frage der Arbeitslosenversicherung mußte, wie die Regelung der Arbeitszeit in der Binnen-schiffahrt zurückgestellt werden, weil die Schaffung einer Basis unmöglich war.

Die internationale Arbeitskonferenz in Washington hatte beschlossen, daß auch in der Seeschiffahrt der Achtstundentag — in der Praxis das Drei-Wochen-System — eingeführt werden sollte. Die Vertreter der Seeleute verlangten eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden für die gesamte Schiffsmannschaft, im Hafen 44 Stunden. Die Arbeiter wollten für Maschinenraum 48, für das Despersonal 56 und für das Bedienungspersonal 70 Stunden zugestehen. Um die Regelung dieser Frage ist sehr lange und erbittert gekämpft. Bei der Schlussabstimmung wurde — abgesehen der Kongress ist fast einstimmig für den Achtstundentag erklärt hatte — der Antrag abgelehnt, indem 48 Stimmen sich für und 25 Stimmen dagegen erklärt hatten; die Zweidrittelmehrheit war nicht erreicht. Das war von den Rednern sehr kurzweilig gehandelt, denn die Folge dürfte eine ganze Reihe wirtschaftlicher Kämpfe sein, die doch gerade durch das Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen die Seeschiffahrt interessierenden Fragen nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollten.

Und doch ist der Kongress als Ganzes genommen ein Erfolg, der nicht unterschätzt werden darf. Es war das erste Mal, daß nach dem furchtbaren Kriege mit seiner Völkerverleumdung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gemeinsamer Arbeit zusammengekommen waren. Dabei waren Staaten vertreten, die überhaupt weder Sozialisten noch ein Spezialgesetz für die Seeschiffahrt kennen. Gewiß, für die deutschen Seeleute ist eine Verbesserung kaum eingetreten. Die Bestimmung, daß zur Deckmannschaft gehörende Leute unter 17 Jahren nachts nicht Wache geben dürfen, kann aber geltend gemacht werden, weil die praktische Ausbildung der Matrosen nicht unerheblich dadurch beeinflusst wird. Was sonst noch an Verbesserungen beschlossen wurde, ist zwischen der Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter — meist besser — bereits verhandelt.

Und dennoch: Deutschland wird sich handelspolitisch wieder erholen. Die Seeleute und nicht zuletzt die Redner haben das denkwürdige Interesse daran, daß die Spezialgesetze, besonders die Sozialgesetze, die Arbeitszeit, Heuer, Fortwährrichtungen, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung usw. möglichst international einheitlich geregelt werden. Kein Staat ist auf die internationale Gegenleistung und Solidarität in so hohem Maße angewiesen wie der der Seeleute und der Redner. Daher ist dieser Kongress als ein Ereignis freudig zu begrüßen! Würde er doch die Plattform auf der — gewiss mit größerem Erfolg — die Weiterarbeit im Interesse unserer Seeschiffahrt fortgeführt werden kann und wird.

## Deutschland.

Landeskosten der Besatzungstruppen.  
Der Hauptausdruck des Reichstages verhandelte Mittwoch über die fremden Besatzungstruppen:

Bei dem Anfall für die Vermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete teilte Abg. Stücken (Soz.) als Referent mit, daß dort 150 000 Mann fremde Truppen sich befinden, dazu etwa 94 Delegierte der Rheinlandkommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den hohen Ausschuss eingeleiteten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April 1920 seien von uns bezahlt worden: 1763 Millionen Mark in bar, außerdem an unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen Mark, insgesamt 3348 Millionen. Bei diesen Milliardenausgaben sei die Frage aufzuwerfen, ob denn eine Reihe der uns angerechneten Kosten nach dem Friedensvertrag zu zahlen sei. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattungen wären außerordentlich hohe. Der Delegierte der Rheinlandkommission habe eine Sechszimmerwohnung, für deren Ausstattung er 28 000 Mark verlangt, während dessen Gemahl dann noch weitere Forderungen gestellt habe. So müßte das Reich an den finanziellen Ruin gebracht werden.

Reichsminister v. Raumer betonte gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, wie Deutschland die Reparationskosten tragen solle, wenn für die Besetzung der besetzten Gebiete so überrechenbar hohe Summen ausgegeben werden müßten. Eine Verringerung der Truppen würde unsere Lasten abzurücken geeignet sein. Auf die Einzelheiten einzugehen oder nähere Auskunft darüber zu geben, sei er vorerst nicht in der Lage, da er sich erst einarbeiten und auch das besetzte Gebiet zur Einholung von näheren Informationen bereiten müsse.

Abg. Karel (Dem.) bespricht die Verhältnisse im besetzten Gebiet aus eigenen Anschauungen und schilderte sie, infolge des rücksichtslosen Vorgehens der französischen Okkupationstruppen, als außerordentlich schlimm. Die Abneigung gegen das Vorgehen der französischen Militärs in allen Kreisen des rheinischen Volkes sei stark im Wachen und von Separationsbestrebungen könne dort keine Rede sein.

## Die Abschaffung der Dienstpflicht.

Mit Rücksicht auf die kurze Dauer des Reichstages, die eine Verabschiedung des Reichswehrgesetzes nicht mehr möglich machte, wurde ein Entwurf zu einem Notgesetz ausgearbeitet, das den Titel trägt „Gesetz über Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht und Regelung der Dienstpflicht in der Reichswehr und Reichsmarine“. Der § 1 dieses Gesetzes lautet:

Die Reichswehr und Reichsmarine besteht aus Freiwilligen-Soldaten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die allgemeine Dienstpflicht ist abgeschafft, alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Der § 2 bestimmt die Stärke der Reichswehr und der Reichsmarine auf 100 000 Mann beziehungsweise 150 000 Mann. § 3 setzt eine ununterbrochene Dienstpflicht der Mannschaften von 12 Jahren, für Offiziere von 25 Jahren fest. § 4 enthält die Uebernahmebestimmungen, die den Angehörigen der Reichswehr und der Marine unter Anrechnung ihrer früheren Dienstzeit zuzurechnen. Der Reichsrat hat das Notgesetz angenommen, es wird demnächst in Kürze auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden.

## Unabhängiger „Erfolg“ in Oldenburg.

Oldenburg, 30. Juli. (Eigener Bericht des „Vortrags“). Durch die Schuld der unabhängigen Abgeordneten, die nicht vollzählig zur Stelle waren, wurden heute im Landtage zwei Beschlüsse gefaßt, die höchst bedauerlich sind. So wurde zu einem neuen Erbschaftsteuergesetz ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß auch die Betriebe, deren Abschluß sich nur auf die Mitglieder beschränkt, der Besteuerung unterliegen. Dadurch ist die Besteuerung der Kaufmännervereine gleich geworden. Wären die Unabhängigen vollzählig zur Stelle gewesen, so wäre mit ihrer Hilfe dieser Antrag abgelehnt worden. Ebenso war es bei den Zuschüssen an die Religionsgesellschaften. Mit 22 gegen 21 Stimmen wurde für ein Zentrumsantrag angenommen, der bestimmt, daß die Zuschüsse an die Kirchen um 150 000 Mk. erhöht werden. Auch diese Aufwendung aus den Kassen der Steuerzahler, gegen die die Sozialdemokraten sich lebhaft gestäubt hatten, war nur möglich durch die Stimmkraft einiger Unabhängigen, die es fertig brachten, bei derartig wichtigen Verhandlungen nicht zuzusehen, obwohl sie wußten, daß diese Ergebnisse verhängnisvoll wären.

Offenbar ist dies eine neue Methode in der Bekämpfung des Parlamentarismus.

## Ausland.

### Jusserands Bericht aus Warschau.

Das holländische Kriegsministerium meldet aus Paris die französische Mission hat ihren ersten Bericht aus Warschau gefaßt. Es sei schwer gewesen, die Angelegenheit mit Präsident Wilson zu behandeln, der die Lage nicht der Wahrheit entsprechend sehen wollte. Nur mit großer Mühe gelang es ihm zu überzeugen, daß die alliierten Offiziere in der polnischen Armee eine zweckentsprechende Rolle spielen müssen. Die Mission hat aber den Eindruck, daß sie die Situation wieder in Ordnung bringen kann und daß diese nicht reinerzwecklos verloren ist. Im übrigen wisse man in französischen politischen Kreisen, daß die Verhandlungen der Sowjets bezüglich Polens zum Mißerfolg prädestiniert sind, da die Russen bereits die durch Lloyd George angegebene Grenze überschritten haben. Als sie über den Njemen kamen, ist die Bedingung erfüllt worden, auf Grund der die alliierten Völkervereinigung zusicherten. Diese soll in der Entsendung von Munition und Kriegsmaterial bestehen. Bezüglich der Mannschaften leidet die polnische Armee keinen Mangel.

### Polnische Treibereien in Spa.

Brüssel, 31. Juli. (Telumien.) Eine Meldung der hiesigen polnischen Telegraphen-Agentur besagt, daß das von der polnischen Abordnung in Spa den Entenvertretern vorgelegte Bericht unter anderem geheime deutsche Dokumente enthält, die sich auf die Reorganisation der Sicherheitspolizei in Oberschlesien bezögen. Die polnischen Berichte über den militärischen Zustand der Sicherheitspolizei dürften nicht weniger wichtig sein, als die Konferenz von Spa der Be-

dingung der Entwaffnung auch die Bedingung der Auflösung der Sicherheitspolizei in ganz Deutschland hinzugefügt hat.

Diese polnischen Denunziationen dürften auch die treibende Ursache dafür sein, daß Oberkommissar Lomer und General Hanjing in Danzig sich nicht mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über Danzig begnügten, sondern zugleich, ohne jeden sachlichen Zusammenhang mit dieser Maßnahme, die Entwaffnung der Sicherheitspolizei anordneten!

## Danzigs Rechtsprechung und Richterwahl.

Im Vordergrund der Freitagssitzung der Verfassunggebenden Versammlung standen die Artikel des Verfassungsentwurfes, die von der Rechtsprechung und Richterwahl im künftigen Freistaat handeln. Von sozialdemokratischer Seite wurde gewünscht, daß die Richter vom Volkstag gewählt werden. Die Unabhängigen glaubten treue Hirten des Erfurter Programms zu sein, das sie in allen andern Sachen längst verlassen haben, und beantragten Wahl der Richter durch das Volk. Daß unsere Forderung diesem Programm nicht einsehen. Die Rechte glaubte, daß die Richterwahl durch den Volkstag die Richter der parteipolitischen Berührung ausliefern würde. Genosse Grünhagen wies treffend darauf hin, daß die Gerichte bisher eine Domäne der Reaktion gewesen sind. Selbstverständlich lehnte der bürgerliche Block auch hier alle sozialdemokratischen Anträge ab. Bei der Beratung über die Kommunalverbände forderten die Unabhängigen in Gemeinschaft mit einigen bürgerlichen Agrariern die völlige Trennung der Verwaltung der Stadt Danzig vom Freistaat. Die Mehrheit, zu der diesmal auch unsere Genossen gehörten, ließ es jedoch bei der gemeinsamen Verwaltung der staatlichen und städtischen Angelegenheiten.

## 15. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 30. Juli 1920.

Die Sitzung wurde um 1/2 8 Uhr vom Präsidenten Reinhardt eröffnet, der im Namen des Hauses dem künftigen Bedauern Ausdruck gab, daß bei den gestrigen Vorgängen Blut geflossen und das verehrte Oberhaupt der Stadt Danzig, der Vorsitzende des Staatsrats schwer mißhandelt worden sei. Er nehme an, daß das hohe Haus im gegebenen Augenblick auf die Erörterung der Dinge zurückkommen werde.

Die meisten Artikel des Verfassungsentwurfes wurden ohne Debatte unter Ablehnung der Änderungsanträge angenommen, nachdem die sozialdemokratischen Änderungsanträge abgelehnt worden waren. Abg. Roggenbuck rief hierbei die bürgerlichen Parteien Lumpenpack zu, wofür er einen Ordnungsruf erhielt.

Abg. Rau (Unabh.): Die gestrigen Vorgänge könnten sich leicht wiederholen, wenn Sie weiterhin dauernd alle Änderungsanträge der sozialistischen Parteien ablehnen. (Große Unruhe rechts.) Ihr Verhalten ist weiter nichts als Diktatur der kapitalistischen Demokratie. Wenn der Arbeiterschaft alle Rechte geraubt werden, dann hat sie die Pflicht zur Revolution. Dann ist sie berechtigt, sich auch mit andern als gewöhnlichen Mitteln Gehör zu verschaffen.

Bei den Artikeln über den Volksentscheid wurde der Entwurf dahin abgeändert, daß ein Volksentscheid herbeizuführen ist, wenn ein Teil der Wahlberechtigten es unter Vorlegung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes verlangt. Nach dem Verfassungsentwurf konnte dieses Verlangen bereits von einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten ausgesprochen werden.

Artikel 53 sieht vor, daß eine Prüfungskammer für die Freistaatsfinanzen eingerichtet wird. Abg. Böning erbat hierzu den Kommissionsbericht. Der in Artikel 54 geforderte Finanzrat soll eine gutachtende aber keine beschlussfassende Tätigkeit ausüben. Sein Gutachten habe den Erfolg, daß die Vorlage unter Umständen nochmals an den Volkstag zurückgehe.

Abg. Grünhagen (Soz.): Wir erblicken in dem Finanzrat ein sogenanntes Herrenhaus. Durch die Befugnisse, die dem Finanzrat hier beigemessen sind, werden die Rechte der zuständigen Völkervertretung eingeschränkt. Das ist undemokratisch und wir beantragen deshalb, der Artikel 54 zu streichen. — Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Artikel 6 des Entwurfes behandelt die Rechtspflege. Hier lagen zum Artikel 62, der die Wahl der Richter regelt, verschiedene Änderungsanträge der Sozialdemokraten, Unabhängigen, Polen und Deutschnationalen.

Abg. Sumke (Deutschnatl.): Die Frage der Richterwahl sollten wir alle ohne Parteibedenken betrachten. Hier kommt es nur darauf an, daß der richtige Mann an den richtigen Ort kommt. Eine Wahl der Richter durch das Volk, wie es die Unabhängigen wünschen, ist gänzlich undurchführbar. Auch bei der Wahl der Richter durch den Volkstag würden Parteileidenschaften mitsprechen. Wir halten einen besonderen Ausschuss zur Richterwahl, in dem auch Vertreter der Staatsgewalt sitzen, für das einzig Richtige.

Abg. Grünhagen (Soz.): Auch wir sind dafür, daß die Wahl der Richter politischer Motive entleert wird. Sie aber wollen, daß die Richter nur aus den Reihen Ihrer Parteigenossen genommen werden, wie es bisher fast ausschließlich der Fall war. Die Rechte hat bisher die Richterwahl nur nach politischen Gesichtspunkten behandelt. Denken Sie z. B. an die Auflösung der Schöffen und Geschworenen. Dort werden die Arbeiter geistlich übergeben. Auch beim Sachverständigen werden politische Motive mitsprechen. Wir wünschen deshalb ein Gegengewicht gegen derartige menschliche Schwächen und sehen dieses Gegengewicht in der öffentlichen Kontrolle. Falls Sie nicht für unseren Antrag zu haben sein sollten, so wünschen wir, daß die Richterwahl durch den Senat vorgenommen werde, nachdem der Sachverständigen sich in gutachtlicher Weise geäußert hat. Ich möchte nicht hier ausführlich auf die Art der bisherigen Rechtsprechung eingehen. Es ist aber klar, daß die bürgerlichen Parteien stets mit den Urteilen zufrieden waren, die gegen die Arbeiterschaft gefaßt wurden. Ihre Bestreben in dieser Frage geht auch nur darauf hinaus, sich eine Machtposition zu erhalten gegen die Arbeiterschaft.

Die Änderungsanträge werden abgelehnt und der Artikel in folgender Form angenommen:

Die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden auf Lebenszeit durch einen besonderen Ausschuss gewählt, der gebildet wird aus dem Präsidenten und einem Mitgliede des Senats. Der drei Präsidenten des Volkstages, dem Verfassungspräsidenten, drei Richtern, die von sämtlichen Richtern, und zwei Richtern, die von sämtlichen Rechtsanwälten der Freien und Hansestadt gewählt werden. Die nähere Regelung, insbesondere der Vertretung veränderter Mitglieder des Ausschusses, der Wahlordnung und der Abkündigung, erfolgt durch Gesetz.

Nach Erledigung des Abschnittes über die Kommunalverbände, der in der Sitzung des Ausschusses angenommen wurde, verlagte sich das Haus um 1/2 8 Uhr.



Aus den Gerichtssälen.

Diebstahl durch Eisenbahnbeamte. Die Eisenbahnbeamten M. Kramer, H. Becker, J. Wude, A. Maurig und der Kassenführer...

Eine Kuh von der Weide gestohlen. Der Schlosser Gustav Hoffmann und der Arbeiter Friedrich Klein, beide in Kalesmar, nahmen...

Vertrunkene Schullehrer. Der Elektromonteur Max Neubauer und der Arbeiter Erich Schöner, beide in Neulohm, drangen...

Aus dem Freistadtbezirk.

Danziger Niderung. Verteilung von Lebensmitteln. In der Woche vom 2. 8. 20 bis 8. 8. 20 kommt auf Nr. 11 der Lebensmittelkarte...

Jahop. Ausgabe von Lebensmitteln. Verkauf von Paterkoden auf Abschnitt 128 der Warenkarte für Einheimische sowie auf Abschnitt 81 der Warenkarte für Fremde...

Der Verkauf oben genannter Waren findet von Dienstag, den 8. bis Sonnabend, den 7. August bei den hiesigen Kaufleuten statt.

Die Auszahlung der Familienunterstützung für August erfolgt je zur Hälfte am Sonnabend, den 31. Juli und Sonnabend, den 14. August in bisheriger Weise.

Aus dem deutschen Osten.

Die Rote Armee der Unabhängigen. Die „Königsberger Volkszeitung“ schreibt am 30. Juli in ihrer Nr. 176:

Am 28. Juli. Die „Königsberger Volkszeitung“ teilt mit: In der letzten Abend abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung, die von der U. S. P. L. L. einberufen war, führte der Redner des Abends, Genosse Kurich, aus, es solle gar nicht geleugnet werden, daß sich Verbände der Roten Armee in allen Städten und Dörfern befinden.

Die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ sagt hierzu: Unter den Umständen, wie hier berichtet wird für die U. S. P. L. eine Schutztruppe zu bilden, kann für die Sozialdemokratie eine Be-

teiligung selbstverständlich nicht in Frage kommen. Der Arbeiter-schaft würde mit der U. S. P. L. -Armer, wie sie von Kurich ge-dacht ist, der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden.

Aus Pommernellen.

Verhaftung Deutscher in Puzig. Am Dienstag nachmittag wurden in Puzig der Geschäftsführer der deutschen Vereinigung und Auktionskommissionar des Reichs Kreuzes Wschinski, aus Neustadt und der Lehrer Busch aus Puzig verhaftet.

Busch und Wschinski hatten von der polnischen Regierung den Auftrag erhalten, die Beschlüsse über die Verwaltung in Pommernellen zu sammeln und sie der Sejmkommission, die zu diesem Zweck in den nächsten Tagen in Puzig eintrifft, zu überreichen.

Aus aller Welt.

Massendiebstahl bei Krupp. Auf den Kruppischen Werken haben seit der Umstellung des Unternehmens auf Friedensarbeit die Diebstähle an Materialien, besonders aber an Werkzeugen aus Feinstahl, in erster Linie Spiralbohrer, einen großen Umfang angenommen.

Bücherwarte.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 16. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Friedrich Engels zum fünfundsingzigsten Todestag.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tageteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops, für die Inserate Bruno Gwert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. S. & Co., Danzig.

Amliche Bekanntmachungen.

Neue Höchstpreise für Gemüse u. Obst.

Auf Grund des Beschlusses über die Höchstpreise wird nach Anhörung des Beirats des Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig folgendes angeordnet: 1. Es werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig. Beröffentlich! Danzig, den 2. August 1920. Der Magistrat.

Markenfreier Heringsverkauf.

Die Restbestände der den Kleinhandlern zum Verkauf auf die Marke 5 und 5 A der Danziger Lebensmittelkarte und die Marke 18 und 18 A der Lebensmittelkarte in den Nachbargemeinden zugewiesenen Solcheringe können vom 2. August ab markenfrei verkauft werden.

Die Maler- und Anstreicherarbeiten für die Wohnbaracken 1 und 4 Bastion Gertrud sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Die Bedingungen liegen in der Hochbau-geschäftsstelle im Rathhaus in der Langgasse Zimmer 32, zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Bansmann. Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstst. Heute Montag, den 2. August abends 7 1/2 Uhr.



Elektromotor, PS., 220 Volt, Gleichstrom, mit Anläßer, preiswert abgegeben. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6.

Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenversail.

Nähmaschinen

reparaturen rasch u. billig. Bernhelt & Comp., Langgasse 50. (1749)

Herren- und Damengarderoben

Johns. Ramin, Brabank 7.

Makulatur

Lat abzugeben. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6.

Unflüchtiges Hund

Verlorenes Hundchen, Preiswert abgegeben. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6.

Verlorenes Hundchen, Preiswert abgegeben. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6.

Wir empfehlen folgende

Werke der Vorwärts-Bücherei

- Ich bekenne. Von Clara Müller-Jahnke 6.-M. Der Gotteslästerer. Von A. Ger... 5.-M. Prweckt. Von A. Ger... 5.-M. Die Heiterkeit. Von O. To Ludwig... 5.-M. In den Tod getrieben. Von Ernst Preczang... 4.50.-M. Verschrobene Volk. Von Robert Grötzsch... 4.50.-M. Prinzipienreiter. Von Wilhelm Blos... 4.50.-M. Pariser Garten. Von Minna Kausky... 4.50.-M. Das Land der Zukunft. Von Leo Kolisch... 4.50.-M. Verbrechergeschichten... 5.-M. Die Marketerdin. Von Erckmann-Chatrian... 3.-M. Erzgebirgisches Volk. Von A. Ger... 3.-M. Nuckel, das Kapital. Von E. Preczang... 3.-M. Der Ausweg. Von E. Preczang... 3.-M. Mutter. Von Ferch... 3.-M. Der Morgen graut. Von M. Andersen-Nexo... 3.-M. Vom Weissenhaus zur Fabrik. Von Heinrich Georg Dikreiter... 3.-M. Als Zwischendecksteward nach Südamerika... 3.-M.

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich



Ein laff neuer Fisch

ist preiswert zu verk. (f. Papke, Mattenbuden 35, I.



Referenten-Zähler. Aus dem Inhalt: Die notwendigen Voraussetzungen politischen Wirkens. Die allgemeine Bildung. Die politische Jugendbildung. Die Familie und erbe ich das Tagesmaterial? - Wie arbeitet man eine Rede aus? - Die Technik des Sprechens. Worte für das Halbtier. Das Buch soll dem heranwachsenden Politiker die Rede öffnen. Auch mancher aller Praktiker findet in dem Buch wertvolle Anregungen.

W. Dizin-Glaschen

kauft (1866) Drogerie am Dominikanerplatz Junkeraasse 12, an der Markthalle.

Spiralbohrer

sowie Kupfer u. Rotguss kauft (1906) M. Gscheldt, Jakobswall 21, Nähe Wermianbrotfabrik.

Berlangen Sie die „Volksstimme“

in den Gaststätten